

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 37. Ratssitzung vom 30. Januar 2019**

### **880. 2018/384**

#### **Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018: Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Monika Bättschmann (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 445/2018): Die meisten Fragen, die das Alter in der Stadt betreffen, sind komplex und departementsübergreifend angelegt. Eine Stelle für Altersfragen, wie sie in unzähligen Gemeinden erfolgreich geführt wird, fehlt in Zürich. Wir verweisen auf Fachstellen in der Stadt, die bereits zu anderen Themen bestehen: Energie, Datenschutz, Velo und Sicherheit. Eine Fachstelle zum Thema Alter eignet sich, um Querschnittsfunktionen wahrzunehmen und ihnen gerecht zu werden. Nach unserer Ansicht würden im Stellenprofil Schnittstellen im Zusammenhang mit der Stadt- und Quartierentwicklung, der Mobilität, dem Wohnen im Alter, der Pflege und Betreuung, der Unterstützung und Entlastung, der Gesundheit sowie dem Engagement von Freiwilligen beobachtet und gesteuert werden. Ein weiterer Vorteil der Fachstelle wäre, dass sie den viel aufgeführten Wunsch nach einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben zuhause unterstützen würde.*

***Susanne Brunner (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Wir lehnen eine zusätzliche Fachstelle in der Verwaltung ab. Es muss selbstverständlich sein, dass die Abteilungen in der Stadtverwaltung zusammenarbeiten, wenn sie zusammen ein Problem lösen müssen. Dafür wird keine neue Fachstelle benötigt. Denn eine solche bedeutet ein unnötiges Bürokratiewachstum, was wir nicht befürworten können. Ausserdem darf das vom Rat überwiesene und im Stadtrat hängige Postulat der AL nicht vergessen werden, das eine Verwaltungsreorganisation fordert. Zu viele Fachstellen und Schnittstellen bestehen und zu viele Koordinationssitzungen zwischen den Departementen und Dienstabteilungen finden statt. Das vorliegende Postulat geht in die falsche Richtung.*

Weitere Wortmeldungen:

***Guy Krayenbühl (GLP):** Das Postulat führte in unserer Fraktion zu einer sehr langen Diskussion. Diverse Departemente sind von den Altersfragen betroffen. Eine beobachtende und steuernde Fachstelle schätzen wir darum als nicht schlecht ein. Wir wollen das Postulat nicht ablehnen. Wir sind der Meinung, dass bereits angestelltes Personal fähig ist, eine solche Fachstelle zu besetzen. Unser Textänderungsvorschlag ergänzt darum, dass zu prüfen ist, wie eine Fachstelle «ohne Stellenausbau» geschaffen werden kann. Mit der Textänderung stimmen wir dem Postulat zu, ohne die Textänderung*

lehnen wir es ab.

**Elisabeth Schoch (FDP):** Wir sahen eine Textänderung vor, die in eine ähnliche Richtung wie die der GLP ging. Da uns signalisiert wurde, dass diese nicht angenommen wird, zogen wir sie zurück. Wir stehen der Schaffung einer neuen Stelle kritisch gegenüber. Wenn beispielsweise Bauprojekte eingereicht werden, sitzen bereits viele Stellen am Tisch. Mit diesem Postulat würde nun eine zusätzliche Stelle besetzt. Ich halte es für einen guten Vorschlag, dass im Rahmen der Altersstrategie geprüft werden sollte, wie auf die Interessen der älteren Bevölkerung eingegangen werden kann. In Kombination mit dem Umwelt- und Gesundheitsschutz kann es sogar zu einer Bündelung der Ressourcen kommen. Das vorliegende Postulat lehnen wir ab, mit der Textänderung der GLP stimmen wir ihm aber zu. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die ältere Bevölkerung bei neuen Projekten berücksichtigt werden muss. Probleme können aber nicht gelöst werden, indem immer mehr Stellen geschaffen werden, denn zusätzliches Personal generiert neue Probleme. Darum befürworten wir eine möglichst kostenneutrale Lösung.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Der Leitfaden «Global Age-friendly Cities» der Weltgesundheitsorganisation nennt acht Bereiche, die jede Alterspolitik umfassen sollte: Verkehr; Aussenräume und Gebäude; soziale und Gesundheitsdienste; Information und Kommunikation; zivile Teilnahme und Beruf; soziale Inklusion; soziale Partizipation und Wohnen. Um die Menschen in den acht Bereichen koordinieren zu können, ist eine Stelle notwendig. Die Aufzählung zeigt ausserdem auf, dass der Zürcher GUD-Ansatz zu kurz greift. Alter ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung. Wir verstehen die Fetischisierung auf die Kostenneutralität nicht und bleiben beim ursprünglichen Text.

**Marion Schmid (SP):** Wenn die neue Altersstrategie dazu dienen soll, Zürich zu einer altersfreundlichen Stadt im ganzheitlichen Sinn weiterzuentwickeln, dann sind wir auf mehr Koordination, Engagement und zusätzliche Anstrengungen angewiesen. Darum ist eine Fachstelle wichtig, die die Querschnittsfunktion sicherstellt. Eine zusätzliche Investition ist zumindest am Anfang notwendig. Eine langfristig stellenneutrale Umsetzung begrüssen wir. An diese Bedingung wollen wir die Stelle aber nicht koppeln und lehnen darum die Textänderung ab.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Intention des Vorstosses ist sicher positiv gemeint. Er führt aber zu einer Bürokratisierung und zu zusätzlichen Stellen. Diese Stellen sollen dann von sogenannten Experten besetzt werden. Diese werden ihre Expertenmacht, der ich schon immer kritisch gegenüberstand, ausnutzen. Die Gelbwestenbewegungen in Frankreich und Deutschland zeigen, wie die Experten mit ihren Einflüsterungen Probleme schaffen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** In der Stadt bestehen bereits sehr viele Stellen, die sich um gewisse Altersfragen und -themen kümmern. Die Kunst wird sein, im Rahmen der Altersstrategie das Ganze zu bündeln, damit die Zusammenarbeit effizienter funktionieren



3 / 3

*kann und dass auch nach aussen verdeutlicht werden kann, wo die zentrale Anlaufstelle zu finden ist. Wir sind darum gerne bereit, das zu überprüfen. In erster Linie geht es nicht um die Schaffung neuer Stellen, sondern darum, wie die verschiedenen Fachkräfte, die sich bereits Altersfragen an verschiedenen Orten und in verschiedenen Departementen widmen, gebündelt werden können.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat